

Dresdener Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig, Linden & Comp., Nr. 20613. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Verleger: Carl Arnold, Dresden.

Abonnementpreis: einjährig 6.00 M., durch die Post bezogen einschließlich 18.00 M., unter Ausschluss für Deutschland monatlich 8.50 M. Ein Jahrgang 80 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung. Schriftleitung: Westerntor 10, Tel. 25 261. Erscheinungsdauer: von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Westerntor 10, Tel. 25 261. Verlagszeit: von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts. Anzeigenpreis: die 5 Spaltenzeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 5 Spaltenzeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufzählung Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpachtung zur Aufnahme an vorgeliebten Tagen. Für Briefverteilung 80 Pf.

Nr. 272

Dresden, Mittwoch den 24. November 1920

31. Jahrg.

Eisern bei der sächsischen Regierung

Horst Eisern, der Begründer und Leiter der Orgesch, hielt sich heute in Dresden auf. Auf sein Ansuchen ist im Auftrag vom Reichspräsidenten und dem Minister des Innern ein Kommando geschickt worden, in der Orgesch mit seinem Kommando zu erscheinen. Eisern erklärte dem Kommando, dass die Orgesch eine Organisation ist, die die Befreiung des Vaterlandes zum Zweck hat. Er erklärte, dass die Orgesch eine Organisation ist, die die Befreiung des Vaterlandes zum Zweck hat. Er erklärte, dass die Orgesch eine Organisation ist, die die Befreiung des Vaterlandes zum Zweck hat.

Verfall in Oberingheim, wo französische Soldaten ein französisches Mädchen gezwungen haben, mitgeteilt, dass ein Gerichtsverfahren wegen Mordes gegen die beschuldigten Soldaten eingeleitet sei, und dass sie auch bereit sei, eine Entschädigung von 25 000 Franc an die Angehörigen des Opfers zu zahlen.

Generallstreik in Ratibor

Ratibor, 24. November. Gestern ist hier der Generallstreik erklärt worden. Alle Betriebe ruhen. Die Arbeiterbewegung der Stadt werden durch die Technische Röhre aufrechterhalten. Die Gewerkschaften haben dem Streik fern. Die Arbeiterbewegung fordert eine Wirtschaftsbeihilfe von 500 M. Die Verhandlungen blieben bisher ergebnislos.

Keine Änderungen der Völkerbundakte

Genf, 23. November. Die erste Kommission des Völkerbundes, die sich mit der allgemeinen Organisation des Bundes zu befassen hat, beschloß mit 28 gegen 7 Stimmen, zur Zeit keinerlei Änderungen zum Völkerbundvertrag in die Debatte zu ziehen. Sämtliche Kriegführenden Staaten gehören der Wehrheit an, während unter der Wehrheit sich die drei skandinavischen Staaten befinden, von denen die Abänderungs- und Ergänzungsanträge ausgehen. Die Wehrheit verlangt, daß diese Anträge einem Interaktionsrat zur näheren Prüfung übergeben werden sollen. Die Wehrheit dagegen, als deren Vorsitzender vor allen Dingen der Präsident der Kommission, Galsour, und der japanische Delegierte sprachen, vertritt die Auffassung, daß es nicht angeht, wäre, schon ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des Völkerbundvertrages Änderungen vorzunehmen.

Der Vorsitzende der 2. Kommission, Tittoni, führte in einer Sitzung der Kommission aus, daß gerade die ihr obliegende Arbeit dazu dienen werde, das Ansehen des Völkerbundes zu festigen. Die Schaffung der technischen Organisationskommission solle in enger Verbindung mit dem Völkerbundrat vor sich gehen. Der englische Delegierte bemerkte zur Rede Tittonis, die technischen Organisationskommission solle vom Völkerbundrat möglichst unabhängig sein und mit den einzelnen Nationen selbst zusammenarbeiten. Die Versammlung beschloß, für die einzelnen Gebiete Berichterstatter zu bezeichnen.

Die Abrüstung

In der Sitzung der Abrüstungskommission erklärte Leon Bourgeois, daß vor Durchführung der Abrüstung die Entwertung Deutschlands durchgeführt und ferner vier Voraussetzungen erfüllt sein müssen: 1. Vollständige Ausführung des Friedensvertrags. 2. Organisation einer unabhängigen obligatorischen Kontrolle über alle Rüstungen. 3. Vorlage eines Berichts der besonderen militärischen Kommission. 4. Austausch aller, die militärischen Rüstungen betreffenden Angaben durch alle Mächte.

Der schweizerische Delegierte Huteri erklärte, daß auch die Schweiz, wie alle anderen Nationen, der schweren

Rüstungskosten müde und bereit sei, ihre ganze Kraft einzusetzen, um die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu wahren, sobald die allgemeine Lage es erlaube. Der italienische Delegierte Schanzer wies darauf hin, daß die Finanzen der am Kriege beteiligten gewesenen Staaten dringend eine Herabsetzung der militärischen Ausgaben verlangten, und der englische Delegierte Fisher beantragte, die Diskussion vorläufig zu befristen auf das Verbot der privaten Erzeugung von Waffen, Prüfung einer Übereinkunft über die Rüstungen und die Frage des Waffenhandels. Die Sitzung wurde auf Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, vertagt.

Der Tag der griechischen Entscheidung

Amsterdam, 24. November. Aus Paris wird gemeldet: Die griechische Volksabstimmung ist auf den 5. Dezember vertagt worden. Die Venizelos-Partei ist gegen die Volksabstimmung und lehnt eine Beteiligung an ihr ab. Die Front in Kleinasien hält fest; vorgestern schlugen die Griechen zwei Angriffe der Kemalisten bei Hiss ab. Sechsen Soldaten der Sicherheitswache von Venizelos haben gefanden, Draganos auf Befehl ihres Hauptmanns, der mit Venizelos abgerichtet ist, ermordet zu haben. Gegen den Hauptmann wurde ein Haftbefehl erlassen.

Urteutsche Kampfmittel

Bei den alten Juden unterscheidet man zwischen dem Götterbild und dem Götterbild. Und so machen's unsere Zeitschreiber. Sie sind natürlich die Götter des Reichs, der Welt und der Menschheit und die armen Juden sind die Götter der Finsternis, des Schmutzes und der Sünde. Aber, aber... die Rechnung hat manchmal ein Loch und hier ein sehr großes. Erscheint da neulich eine Broschüre von Dr. Siegfried Benthien: „Die hebräische Weltanschauung und wir Juden“. Gott sei Dank, daß die alten Staaten zerstückelt, Gott sei Dank, daß der Idealismus niehergetrampelt, Gott sei Dank, daß die jüdische Weltanschauung herangebracht ist! — Das Indlanergehör der Herr von rechts kann man sich vorstellen. Voran Herr Reichhold Wulle und seine Deutsche Zeitung: Wer die Broschüre gelesen, der habe erkannt, um was es ginge und jeder brave Christ muß ein braver Antisemit sein werden! Natürlich auch die große Trompete des Herrn Schöngrennmeiderer Reventlow in der Deutschen Tageszeitung und dann der Chorus der kleinen Klaffen: die Süddeutsche Zeitung, die Grenzboten Zeitung! Oh, wie wunderbar ist über die bösen Juden! Und nun kommt die Antisemit: Die Broschüre ist nämlich gar nicht von einem Juden, sondern von dem deutsch-jüdischen Bauern und Arbeiter der Deutschen Zeitung Hans Schlegmann in Berlin geschrieben. Das wäre ein böser Reinsfall, wenn nicht mindestens ein Teil der deutsch-jüdischen den Verfasser gekannt hätte! Denn derselbe Herr Schlegmann, der unter dem Strich in der Deutschen Zeitung einen Roman veröffentlicht, sieht wahrscheinlich mit klugen Augen zuzusehen zu, daß über dem Strich seine antisemitische Broschüre als Judenweib belächelt und ausgeschlacht wird. Gut Deibel!

Rückkehr aufs Land

Hg. Berlin, 23. November.

Der Entlassung der Städte durch Umfiedlung war eine Lösung des Deutschen Bauerns für Wohnungsreform gemeint, die heute früh in Sitzungssaal des ehemaligen Herrnhauts unter harte Teilnahme, insbesondere aus der Reichs- und Staatsbehörden, durch Staatssekretär a. D. Reichherrn von Stein eröffnet wurde. Staatssekretär Geib vom Reichsarbeitsministerium bezeichnete die zur Behandlung stehende Frage als eine der wichtigsten Probleme, die die Reichsregierung und alle Sozialpolitiker beschäftigen. Ansätze zur Lösung sind von der Reichsregierung schon nach verschiedenen Richtungen unternommen worden, so in der produktiven Erwerbslosenversicherung und in den im großen Umfang eingeleiteten Vermögensumschichtungen. Auch die übrigen sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung sind immer von dem Gesichtspunkte getragen, die überschüssigen Kräfte der Städte aufs Land zurückzuführen. Die Erwerbungen haben aber schon jetzt gezeigt, daß die praktische Lösung auf große Schwierigkeiten stößt. Selbst in den kleinsten Gemeinden ist die Wohnungsnot sehr groß. Die Umfiedlung der ländlichen Verhältnisse ist nicht so einfach. Der Hauptpunkt aber ist, daß in weitesten Kreisen der ländlichen Bevölkerung eine Hinwendung gegen die städtischen Arbeitskräfte besteht.

Staatssekretär Scheidt vom preussischen Wohlfahrtsministerium erklärte, daß die Schwierigkeiten der Umfiedlung überwinden werden müssen, weil eine wirksame Bekämpfung der ländlichen Wohnungsnot lediglich durch den Bau großer Wohnhäuser in den Städten unmöglich sei. Nur um die jetzt in den Städten und Mittelstädten vorhandenen 60 Millionen erforderlich sein. Aber auch der Bau von Erwerbshäusern kann nicht in dem Umfang wie es nötig wäre, durchgeführt werden. Einmal besteht auch auf dem Lande der Baustoffmangel. Dann aber kommt dazu die Herabsetzung der Baukosten bis zum fünfzigfachen und die starke Verteuerung der Inventarkosten. Trotzdem ist der Bau von ländlichen Anwesen immer noch leichter, weil man auf dem Lande mehr Erwerbsstoffe verwenden kann und weiter mehr Beschäftigung und Beschäftigten haben kann. Die wichtigste Punkt kommt in Betracht, daß beim Bau die eigene Arbeitskraft des Erwerbers verwendet werden kann, so daß verhältnismäßig nur geringere Aufwände aus öffentlichen Mitteln notwendig werden können. Man muß sich aber hüten, übertriebene Hoffnungen zu wecken, wie es schon einmal während des Krieges mit den Schlagworten: Zurück aufs Land geschah ist.

Freiherr von Stein: Diese Worte geben uns zu denken, ob wir noch Wohnungsreform betreiben können. In einer solchen Zeit verfolgen wir die Aufgabe, die Wohnungen zu ver-

bessern, die Wohnungsverhältnisse zu verbessern. Die Wohnungsnot hat nicht nur ihre Ursache darin, daß während des Krieges nicht gebaut worden ist, sondern weil weite Kreise ihre Ansprüche an die Wohnungen gesteigert haben.

Die Wohnungsnot auf dem Lande als Problem der Bauarbeiterfrage behandelte Dr. Kemmerich, Berlin, vom Reichsverband der deutschen Bauwirtschaft. Die Lage unserer einheimischen Landwirtschaft und unserer Industrie erfordert gleichermaßen die Hebung der Bauwirtschaft aus den Städten auf das Land. Diese Aufgabe läßt sich zur Zeit erfüllen, da es auf dem Lande an Wohngelegenheiten für eine nennenswerte zu vermehrende anfallende Arbeitskraft fehlt. Während für den Bau von Wohnungen in den Städten Unternehmungen aus öffentlichen Mitteln in erheblichem Umfang zur Verfügung gestellt worden sind, ist für den Bau von Arbeiterwohnungen auf dem Lande so gut wie nichts bisher geschehen. Dielem Mangel kann nur dann abgeholfen werden, wenn von Reichs-, Staats- und Gemeinde wegen demjenigen Unternehmer auf dem Lande, der für seine Arbeiter Wohnungen bauen will, nicht nur keine neuen Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, sondern wenn für diese ein lebhafter Anreiz zum Bau von Arbeiterwohnungen geschaffen wird. (Lebhaft Zustimmung.) Dies könnte am besten geschehen durch steuerliche Ermüdung derjenigen Unternehmer, die den Bau von Arbeiterwohnungen ausführen wollen.

Darauf sprach Geheimrat Dr. Rindler, Berlin, über Wege zur Hebung der Bauwirtschaft in landwirtschaftliche Arbeit. Die Wohnungsnot zwingt dazu, eine Entlastung der Städte herbeizuführen. Die Erwerbslosenunterstützung muß dauernd erhöht werden. Da sei es nun unabweislich, daß die Regierung einmal nicht weitere Zuschüsse gewähren könne, und den Forderungen ein Nein entgegenzusetzen müsse. Dieses Nein auszusprechen wird jeder Regierung sehr schwer fallen. Gegenüber der Vorkriegszeit ist auf dem Lande eine weitere Lichtung der Unterfrucht eingetreten. Dazu kommt noch, daß höhere Elemente in überproportionaler Zahl beschäftigt wurden. Das sei ein Arbeitsmangel unserer eigenen Erwerbslosen. Erste Pflicht sei es, diejenigen, die schon auf dem Lande sind, dort festzuhalten. Aber ein großer Prozentsatz unserer Arbeiter ist im ländlichen Gebiet noch ländlich. Aufgabe unserer Erwerbspolitik der nächsten Zeit wird Setzung der sozialen Auftriebsmöglichkeit der Bauarbeiter sein. Finanziell steht jetzt schon die ländliche Unterfrucht mindestens ebenso gut wie die städtische, die Entlastung ist auf dem Lande auch für die Unterfrucht besser als in der Stadt. Diese Lagefrage trägt extraländlicher Werke dazu bei, das Land begehrenswerter zu machen. Die produktive Erwerbslosenunterstützung mühte dahin ausgeübt werden, daß Arbeiter, die zur Bauarbeit geeignet sind, keine Erwerbslosenunterstützung

Eine Razzia in Dublin

Eigene Drahtmeldung

Kopenhagen, 24. November. Die Aufregung in Dublin hat sich nach der Bartholomäusnacht noch nicht gelöst. Die dortige Mächter mitteilen, veranfaßte das Militär in Dublin eine sehr eingehende Razzia, die zu einer kühnen Schlacht in fast allen Straßen der Stadt wurde. Ununterbrochen wurde geschossen. Immer wieder wurden ganze Straßen plötzlich abgesperrt, und alle Personen, die sich zufällig auf der Straße befanden, erhielten den Befehl, die Hände hoch zu halten. Wer nicht gehorchte, wurde augenblicklich niedergeschossen. Dann wurden die Straßenballisten heimlich untersucht und eine große Anzahl von ihnen beschlagnahmt. Die Polizei behauptet, bei diesen Untersuchungen wertvolles Material in den Taschen der verhafteten Personen gefunden zu haben. Die bisher angenommenen Zahlen der Ermordeten und Verwundeten erweisen sich als viel zu niedrig. Es wurden 28 Personen getötet und mehr als 70 verwundet. Die Offiziere, die bisher in Bürgerquartieren überwachten, wurden in Kasernen untergebracht. Das Rathaus in Dublin ist für Einquartierung der Truppen beschlagnahmt worden. Im übrigen löst der Bürgerkrieg in Irland mit all seinen Schrecken weiter. Durch die Straßen von Cork fuhr gestern mehrere Militärautos, von denen aus in die Menge geschossen wurde.

Der Nord von Oberingheim

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 24. November. Wie wir erfahren, hat die französische Regierung unterm Sozialminister in Paris in der Angelegenheit des